Einbringung Doppelhaushalt 2027/2028

Gemeinderatssitzung
20. Oktober 2026
Filderhalle, Panoramasaal

Leinfelden-Echterdingen

Der Haushalt ist rechnerisch ausgeglichen, aber nicht mit Geld hinterlegt

Fehlbetrag
8,5 Mio. € je Jahr

→

Ergebnisrücklagen
Verrechnung auf dem Papier

→

Haushalt ausgeglichen
genehmigungsfähig

- - - -

kein Geld

Rücklagen sind das Abbild früherer Überschüsse – sie stecken längst in Gebäuden, Straßen und Anlagen.

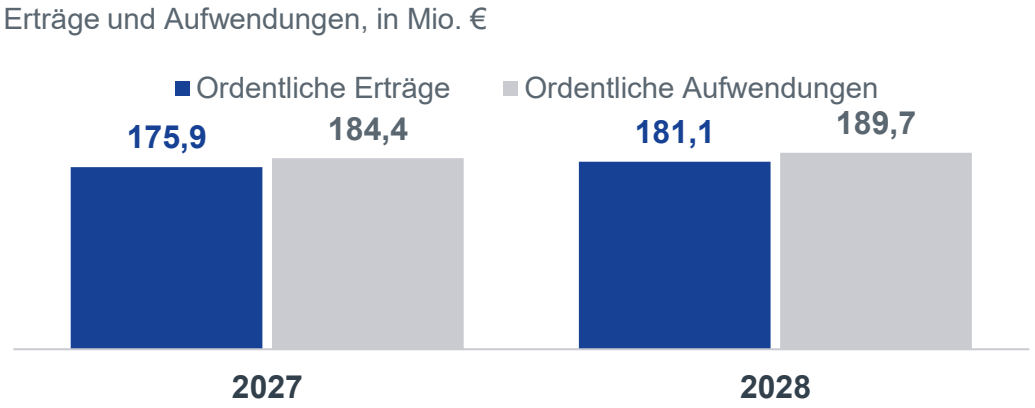
KERNAUSSAGE

Der rechnerische Ausgleich schafft keine Zahlungsfähigkeit.

Das Geld der guten Jahre ist ausgegeben; entscheidend ist deshalb der Finanzhaushalt.

Der Ergebnishaushalt im Überblick

Mio. €	2026	2027	2028
Ordentliche Erträge	171,9	175,9	181,1
Ordentliche Aufwendungen	185,6	184,4	189,7
Ordentliches Ergebnis	**– 13,7**	**– 8,5**	**– 8,5**
Sonderergebnis	0,0	0,0	0,0
Gesamtergebnis	– 13,7	– 8,5	– 8,5



Die Erträge wachsen 2028 um 5,2 Mio. €, die Aufwendungen um 5,3 Mio. €. Deshalb bleibt der Fehlbetrag trotz steigender Erträge unverändert bei 8,5 Mio. €.

KERNAUSSAGE

Wachsende Erträge allein lösen das Problem nicht – die Aufwendungen wachsen genauso schnell.

Ein Sonderergebnis ist in keinem Jahr veranschlagt; das Gesamtergebnis entspricht dem ordentlichen Ergebnis.

Der Finanzhaushalt im Überblick

Mio. €	2027	2028	Bedeutung
Einzahlungen laufende Verwaltung	174,7	180,0	Steuern, Zuweisungen, Gebühren
− Auszahlungen laufende Verwaltung	172,5	177,1	Personal, Sachkosten, Umlagen
= Zahlungsmittelüberschuss	**2,2**	**2,9**	das Geld aus dem laufenden Betrieb
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	45,9	27,2	überwiegend Grundstückserlöse
− Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	55,2	27,7	Bauen, Erwerb, Zuschüsse
= Saldo Investitionstätigkeit	**− 9,3**	**− 0,5**	Finanzierungsbedarf
+ Kreditaufnahmen	42,1	0,4	deckt auch den Übertrag aus 2026
− Tilgung	1,2	2,3	muss der Betrieb erwirtschaften

Nach der Tilgung bleiben 1,0 Mio. € (2027) und 0,6 Mio. € (2028) vom Zahlungsmittelüberschuss. Die hohen Kreditaufnahmen 2027 finanzieren nicht nur die Investitionen des Jahres, sondern auch rund 32,7 Mio. € an Maßnahmen, die aus 2026 übertragen werden.

KERNAUSSAGE

Investitionen finanzieren wir aus Grundstückserlösen und Krediten, nicht aus dem laufenden Betrieb.

Der Betrieb liefert gerade genug, um die Tilgung zu bedienen – mehr nicht.

Über die Hälfte der Erträge entscheidet der Gemeinderat selbst

Anteile an den ordentlichen Erträgen 2027 (175,9 Mio. €) · **50,0 % liegen in unserer Hand: Hebesätze und Entgelte**

Ertragsart	Mio. €	Anteil	Wer entscheidet
Gewerbesteuer	60,0	34,1 %	**Hebesatz: Gemeinderat – Aufkommen: Konjunktur**
Grundsteuer A und B	9,9	5,6 %	**Hebesatz: Gemeinderat, planbar**
Entgelte und privatrechtliche Entgelte	18,2	10,3 %	**Gemeinderat über Kalkulationen**
Gemeindeanteile und übrige Steuern	58,9	33,5 %	Bund und Land
Zuweisungen, Umlagen	22,7	12,9 %	Finanzausgleich, Zuweis. teilw. auf Antrag
Kostenerstattungen, aufgelöste Zuwendungen, Zinsen, Sonstiges	6,3	3,6 %	gemischt

KERNAUSSAGE

Die Hebesätze bestimmen wir selbst – das Aufkommen der Gewerbesteuer nicht.

Deshalb ist die Ertragsseite gestaltbar, aber unsicher: Ein Hebesatzpunkt wirkt planbar, die Konjunktur nicht.

Umlagen und Personal binden sieben von zehn Euro

Anteile an den ordentlichen Aufwendungen 2027 (184,4 Mio. €; Transferaufwendungen davon Umlagen 61,5 Mio. €)

Aufwandsart	Mio. €	Anteil	Spielraum
Transferaufwendungen	77,3	41,9 %	Umlagen gar nicht, Zuschüsse teilweise
Personalaufwendungen	51,7	28,0 %	**nur über Aufgaben und Prozesse, AuLK zeigt erste Wirkungen**
Sach- und Dienstleistungen	39,4	21,4 %	**hier wirkte die Aufgabenkritik bisher am stärksten**
Abschreibungen	11,8	6,4 %	Folge früherer Investitionen
Sonstige ordentliche Aufwendungen	3,2	1,7 %	gering
Zinsen	0,9	0,5 %	steigt mit der Verschuldung auf 1,6 Mio. € (2028)

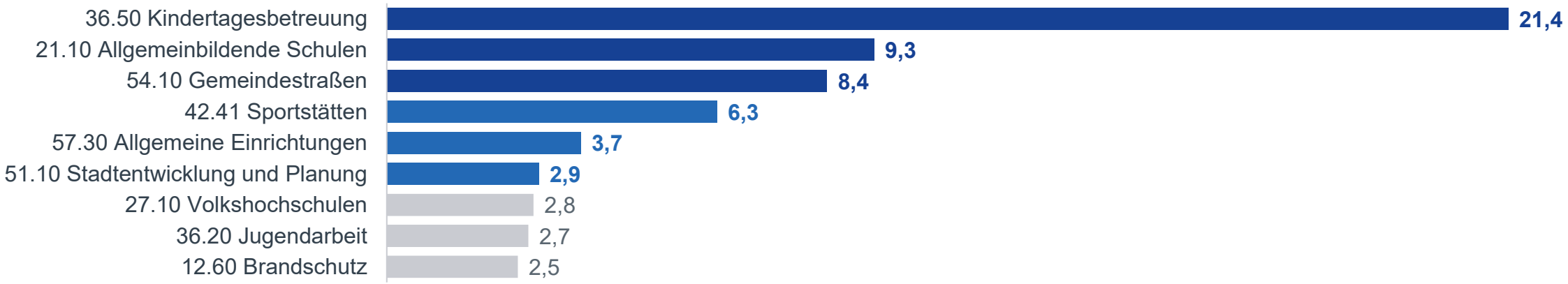
KERNAUSSAGE

Der größte Block ist zugleich der am wenigsten beeinflussbare.

Wer sparen will, landet zwangsläufig bei Personal, Standards und Sachkosten — zusammen knapp die Hälfte der Aufwendungen.

Wo die größten Zuschussbedarfe entstehen

Nettoressourcenbedarf 2027 je Produktgruppe einschließlich interner Verrechnungen, in Mio. €



Nach Abzug der Umlagen bleiben 2027 rund 80,0 Mio. € aus Steuern und Zuweisungen, dazu knapp 2 Mio. € aus Konzessionsabgaben. Dem stehen Zuschussbedarfe von 90,5 Mio. € gegenüber – die Lücke von 8,5 Mio. € ist das ordentliche Ergebnis.

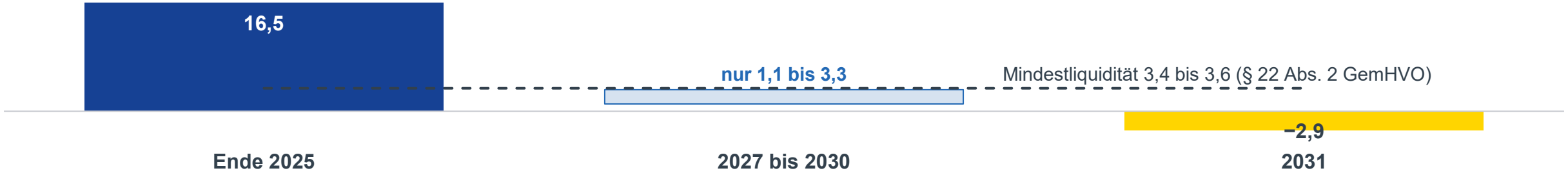
KERNAUSSAGE

Kinderbetreuung, Schulen, Straßen und Sport binden rund die Hälfte des gesamten Zuschussbedarfs.

Wer spürbar sparen will, kommt an diesen vier Bereichen nicht vorbei – alle anderen sind zu klein.

Die gesetzliche Mindestliquidität wird in keinem Planjahr erreicht

Liquide Eigenmittel zum Jahresende, in Mio. €



Bewusst vorfinanziert

Investitionen wurden aus eigener Liquidität bezahlt und Kredite nach hinten geschoben, um Zinsen zu sparen. Aufgrund niedriger Kassenkreditzinsen wurde punktuell mit Kassenkrediten gearbeitet.

Oktober 2026

16,4 Mio. € Kassenkredite in Anspruch genommen; dazu vorauss. rund 32,7 Mio. € Investitionsübertrag, der den Kredit 2027 aufzehrt.

Höchstbetrag Kassenkredite

36,9 Mio. € (2027) und 37,9 Mio. € (2028) — bis zur Genehmigung gilt der bisherige Betrag von 22,0 Mio. €.

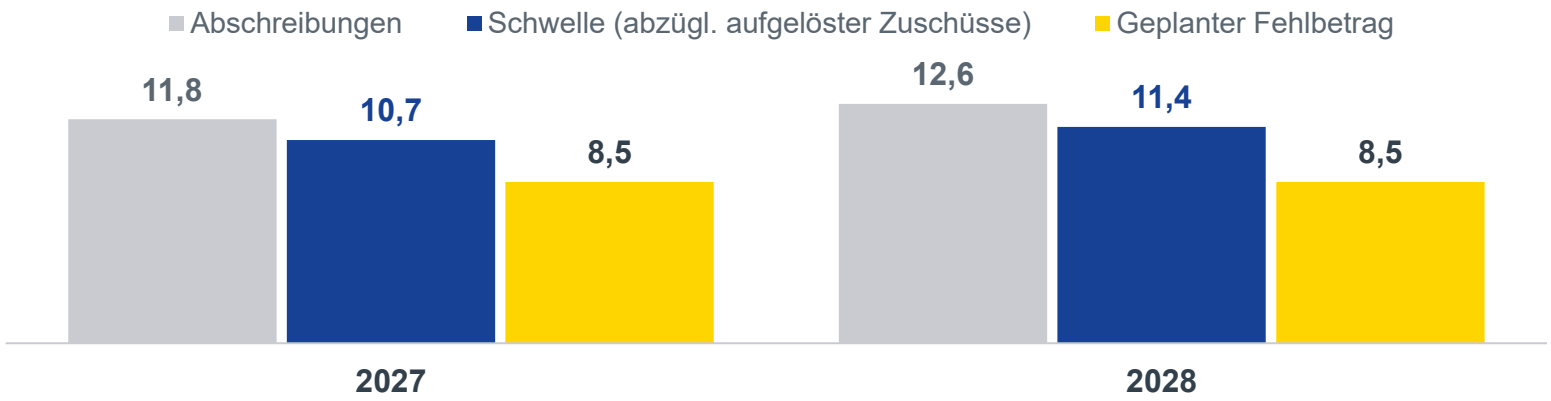
KERNAUSSAGE

Die Stadt wird im Jahresverlauf dauerhaft auf Kassenkredite angewiesen sein.

Die eingesetzte Liquidität war gespartes Zinsgeld; sie muss nun aus Grundstückserlösen wieder aufgefüllt werden.

Der Fehlbetrag bleibt unter der Schwelle, ab welcher Geld aus dem Betrieb abfließt

Abschreibungen, Schwelle ohne Liquiditätsverlust und geplanter Fehlbetrag, in Mio. €



2,2 Mio. €
Puffer 2027 bis zur Schwelle

2,9 Mio. €
Puffer 2028 bis zur Schwelle

Abschreibungen mindern das Ergebnis, kosten aber kein Geld. Abzüglich der aufgelösten Zuschüsse ergibt sich der Puffer: Bis zu dieser Höhe darf der Fehlbetrag reichen, ohne dass dem laufenden Betrieb Liquidität entzogen wird. Der Abstand von 2,2 Mio. € (2027) und 2,9 Mio. € (2028) ist genau der Überschuss, aus dem wir die Tilgung bezahlen.

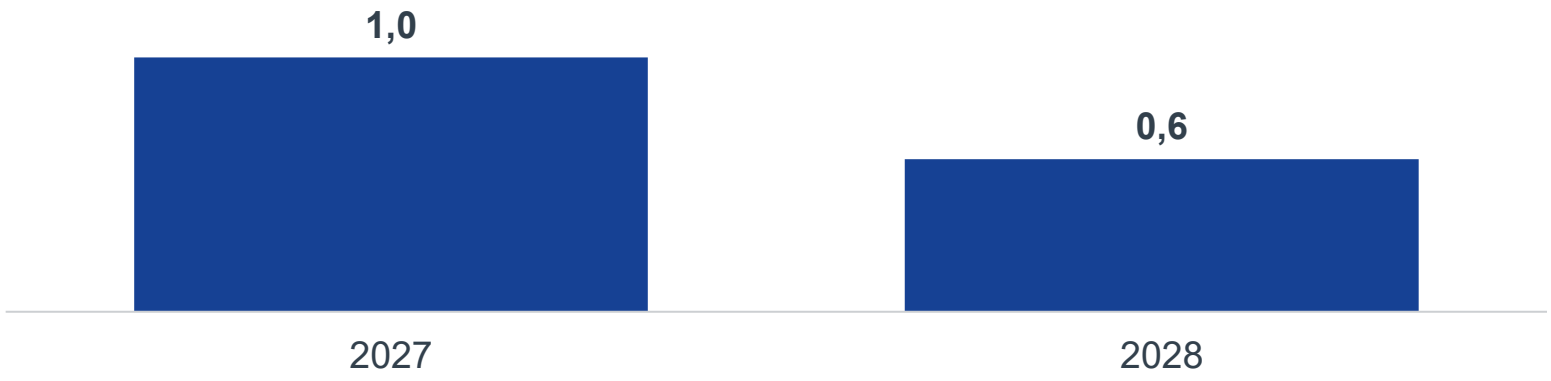
KERNAUSSAGE

Mit 8,5 Mio. € bleiben wir unter der Schwelle – jeder zusätzliche Aufwand kostet unmittelbar Liquidität.

Ein ausgeglichenes Ergebnis ist damit nicht erreicht, nur der Geldabfluss aus dem Betrieb ist gestoppt.

Nach der Tilgung bleibt fast nichts für Investitionen übrig

Nach Abzug der Kredittilgung verbleibende Mittel, in Mio. €



ab 2029
Tilgung nicht gedeckt

KERNAUSSAGE

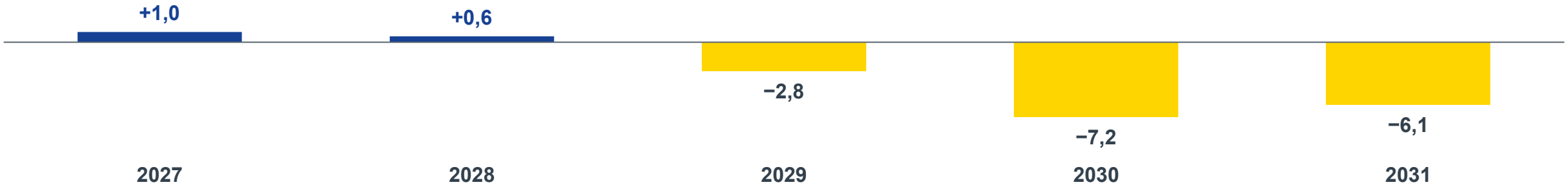
Ab 2029 erwirtschaftet der laufende Betrieb die Tilgung nicht mehr vollständig.

Damit ist die dauernde Leistungsfähigkeit berührt - und die Genehmigungsfähigkeit künftiger Haushalte.

Erst bei einem Fehlbetrag unter rund 11 Mio. € – der Höhe der saldierten Abschreibungen – verliert der laufende Betrieb keine Liquidität mehr.

Ab 2029 fehlen jährlich 2,8 bis 7,2 Millionen Euro für die Tilgung

Zahlungsmittelüberschuss abzüglich ordentlicher Tilgung, in Mio. €



Mio. €	2027	2028	2029	2030	2031
Zahlungsmittelüberschuss	2,21	2,90	0,68	− 3,69	− 2,38
− ordentliche Tilgung	1,21	2,34	3,48	3,53	3,68
= notwendige Verbesserung	—	—	**2,8**	**7,2**	**6,1**

KERNAUSSAGE

Wir brauchen eine dauerhafte Verbesserung von rund 7 Mio. € im Jahr – erreichbar nur in Stufen ab 2027.

Die Grundsteuer B hat 0,6 Mio. € gebracht; es fehlen noch rund 6 Mio. €, überwiegend auf der Ausgabenseite. Kredite helfen hier nicht: Sie sind nur für Investitionen zulässig und erhöhen die Tilgung der Folgejahre.

Das Jahr 2026 bleibt im Rahmen: weniger Gewerbesteuer, aber auch weniger Aufwand

Mio. €	Plan 2026	gebucht	Anteil
Gewerbesteuer	**65,0**	**56,9**	**88 %**
Grundsteuer B	9,2	9,8	106 %
Gemeindeanteil Einkommensteuer	38,3	19,8	52 %
Ordentliche Erträge insgesamt	**171,9**	**132,8**	**77 %**
Personalaufwendungen	49,9	35,4	71 %
Sach- und Dienstleistungen	41,8	26,1	62 %
Ordentliche Aufwendungen insgesamt	**185,6**	**126,8**	**68 %**

Bei den meisten Positionen fehlen nur noch die vierteljährlich fälligen Zahlungen; die Abschreibungen werden erst mit dem Jahresabschluss gebucht. Anders bei der Gewerbesteuer: Hier ist nach heutiger Einschätzung kein nennenswerter Zufluss mehr zu erwarten. Das Jahr wird voraussichtlich auf dem jetzigen Niveau schließen – rund 8 Mio. € unter dem Ansatz. Auf der Aufwandsseite zeichnet sich eine Abweichung in ähnlicher Höhe ab, vor allem bei den Sach- und Dienstleistungen.

Investitionen

Von 47,0 Mio. € sind 18,5 Mio. € abgeflossen (39 %). Rund 32,7 Mio. € gehen als Übertrag nach 2027.

Kredite

Statt der geplanten 40,6 Mio. € werden 2026 nur zwei Bauspardarlehen über 9,9 Mio. € aufgenommen.

Grundstückserlöse

Von den geplanten Einzahlungen sind erst 0,5 Mio. € eingegangen. Knapp 2,9 Mio. € werden noch erwartet.

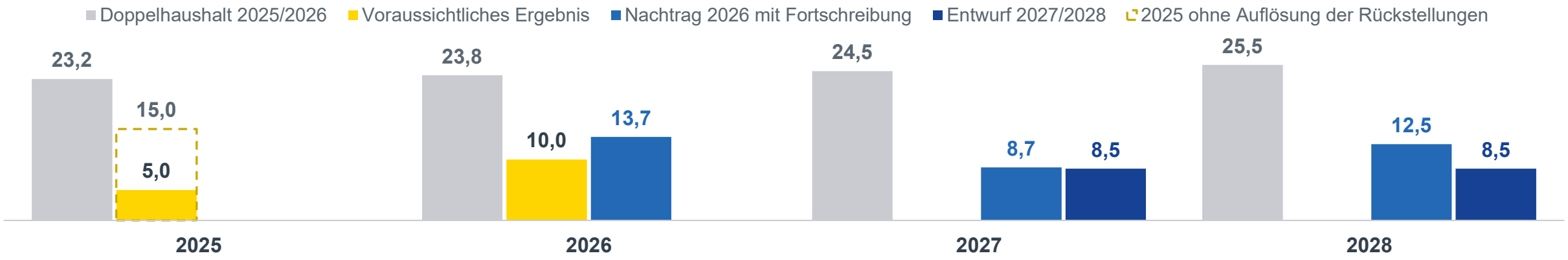
KERNAUSSAGE

Mindererträge bei der Gewerbesteuer und Minderaufwendungen gleichen sich voraussichtlich weitgehend aus.

Rund 8 Mio. € fehlen dort voraussichtlich – in ähnlicher Höhe bleiben aber auch die Aufwendungen unter dem Ansatz. Das Ergebnis 2026 dürfte deshalb etwa im Rahmen des Nachtrags bleiben. Es wird mit einem Fehlbetrag von mind. 10 Mio. € gerechnet.

Drei Planungsstände: Der Fehlbetrag 2028 sinkt noch einmal von 12,5 auf 8,5 Millionen Euro

Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis, in Mio. €



2025: Ansatz und voraussichtliches Ergebnis · 2026: Ansatz, voraussichtliches Ergebnis und Nachtrag · 2027/2028: Finanzplanung 2025/2026, Fortschreibung im Nachtrag, neuer Entwurf
Voraussichtliches Ergebnis 2025 einschließlich der Auflösung von Rückstellungen von knapp 10 Mio. € für FAG- und Kreisumlage; ohne diesen Effekt läge der Fehlbetrag bei rund 15 Mio. €.

KERNAUSSAGE

Die Verbesserung kam in zwei Stufen: zuerst im Nachtrag 2026, dann noch einmal im neuen Entwurf für 2028.

Für 2027 bestätigt der Entwurf im Wesentlichen die Fortschreibung des Nachtrags; für 2028 kommen knapp 4,0 Mio. € Verbesserung hinzu.

Gegenüber dem Nachtrag gleichen sich 2027 die Veränderungen aus, 2028 entlasten Gebühren und Umlagen

2027 · in Mio. € · Saldo + 0,2

Position	Nachtrag	neu	Δ
Benutzungsgebühren	+ 10,0	+ 13,2	**+ 3,1**
Gewerbesteuer	+ 63,0	+ 60,0	**− 3,0**
Gebäudeunterhaltung	− 8,2	− 10,9	**− 2,8**
Übernachtungssteuer	0,0	+ 1,0	**+ 1,0**
Anteil Einkommensteuer	+ 40,0	+ 40,8	**+ 0,8**
Grundsteuer B (195 v. H.)	+ 9,3	+ 9,9	**+ 0,6**
übrige Positionen	—	—	**+ 0,5**

2028 · in Mio. € · Saldo + 3,9

Position	Nachtrag	neu	Δ
Benutzungsgebühren	+ 10,2	+ 13,8	**+ 3,5**
Schlüsselzuweisungen	+ 6,3	+ 8,6	**+ 2,3**
Übernachtungssteuer	0,0	+ 2,1	**+ 2,1**
Kreis- und FAG-Umlage	− 60,7	− 58,6	**+ 2,1**
Gewerbesteuer	+ 63,0	+ 60,0	**− 3,0**
Gebäudeunterhaltung	− 7,8	− 10,7	**− 2,9**
übrige Positionen	—	—	**− 0,2**

KERNAUSSAGE

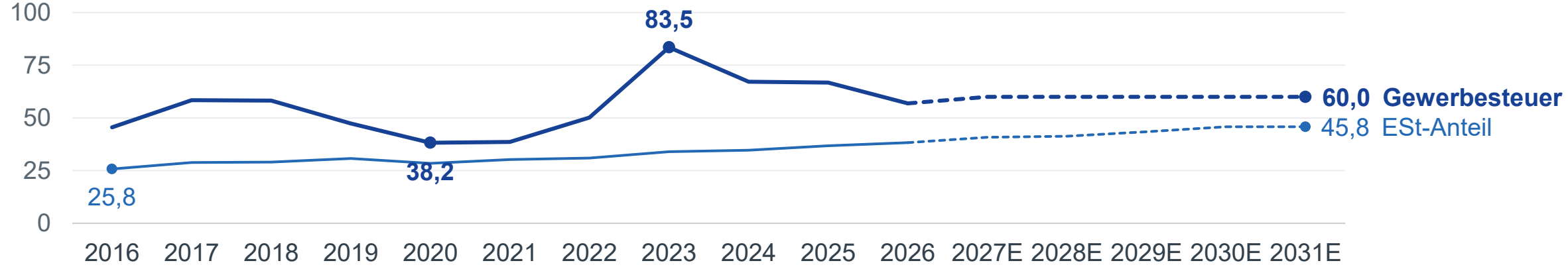
2027 gleichen sich die Veränderungen fast aus – die Verbesserung um 3,9 Mio. € entsteht erst 2028.

Sie kommt aus Gebühren, Übernachtungssteuer und niedrigeren Umlagen; dagegen stehen weniger Gewerbesteuer und mehr Gebäudeunterhaltung.

Vorzeichen: positive Werte sind Erträge bzw. Verbesserungen des Ergebnisses, negative Werte Aufwand bzw. Verschlechterungen.

Die Gewerbesteuer schwankt um das Doppelte, der Einkommensteueranteil wächst stetig

Steuererträge in Mio. € · bis 2026 Rechnungsergebnis bzw. Nachtrag, 2027/2028 Plan, ab 2029 Finanzplanung



Zwischen 2020 und 2023 hat sich die Gewerbesteuer mehr als verdoppelt – von 38,2 auf 83,5 Mio. €. Der neue Entwurf plant mit 60 Mio. €. Eine Abweichung von zehn Prozent entspricht rund 6 Mio. €, fast drei Viertel des geplanten Fehlbetrags.

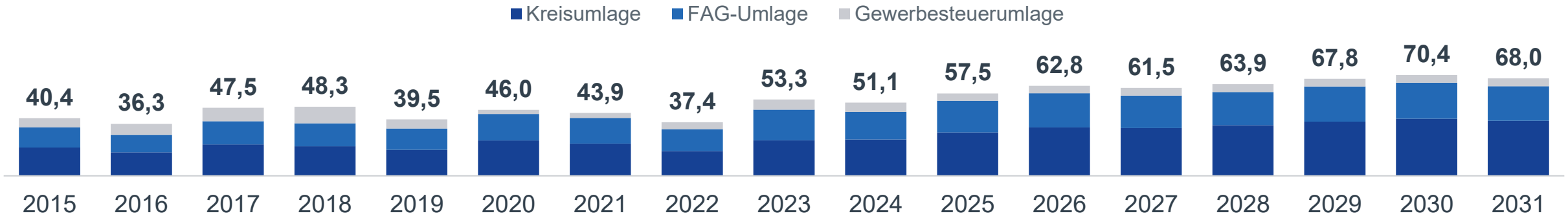
KERNAUSSAGE

Der stetig wachsende Einkommensteueranteil gleicht die Ausschläge der Gewerbesteuer nicht aus.

Deshalb planen wir die Gewerbesteuer bewusst unter dem Niveau der guten Jahre.

Die Umlagen haben sich seit 2016 fast verdoppelt und übersteigen bald die Gewerbesteuer

Kreisumlage, FAG-Umlage und Gewerbesteuerumlage, in Mio. € · bis 2026 Rechnungsergebnis, 2027/2028 Plan, ab 2029 Finanzplanung



Die Umlagen bemessen sich nach unserer Steuerkraft mit zwei Jahren Verzögerung: Wir zahlen heute auf Grundlage der guten Jahre. Der Entwurf weist 61,5 Mio. € (2027), 63,9 Mio. € (2028) und 67,8 Mio. € (2029) aus – ein Anstieg um 2,4 Mio. € in einem Jahr, ohne zusätzliche Leistung.

KERNAUSSAGE

Fast jeder zweite Steuereuro fließt ab, bevor wir über ihn entscheiden können.

Gestalten können wir deshalb nicht bei den Erträgen, sondern bei Aufgaben und Standards.

Die Lücke zwischen Aufgaben und Finanzierung ist strukturell – und kein örtliches Problem

Bund und Land
begründen Ansprüche

→

Erfüllung vor Ort
Betreuung, Schulen, Soziales

→

Finanzierung folgt nicht
Umlagen binden die Erträge

→

Strukturelles Defizit

– 4,4 Mrd. €
Finanzierungssaldo aller Kommunen in Baden-Württemberg im Jahr 2025

+ 117 %
Anstieg des Finanzierungsdefizits der Kernhaushalte in BW im ersten Halbjahr 2026 – in den Flächenländern 3,5 %

– 3 Mrd. €
erwarteter Rückgang der kommunalen Steuereinnahmen 2026 bis 2028; beim Land sind es 60 Mio. €

Gleichzeitig steigen die Sozialkosten der Stadt- und Landkreise seit Jahren um mindestens 8 % im Jahr. Das Land stabilisiert 2027 mit einer Konjunkturkomponente von 504 Mio. € und 120,5 Mio. € originären Landesmitteln – aus kommunaler Sicht löst das die strukturellen Probleme nicht.

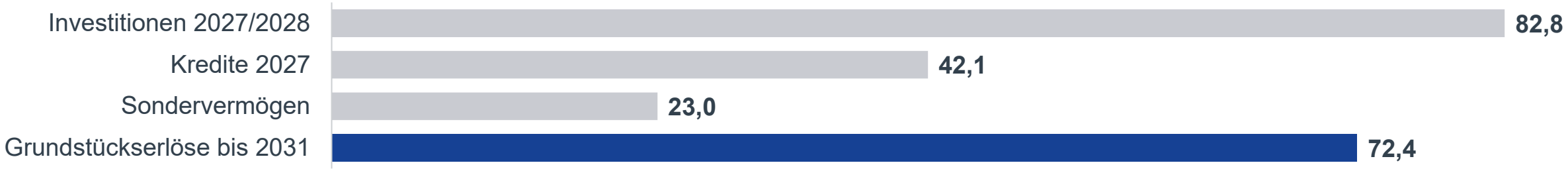
KERNAUSSAGE

Unsere Lage ist kein Einzelfall – die eigenen Entscheidungen nimmt uns das aber nicht ab.

Wir fordern eine auskömmliche Finanzierung ein und konsolidieren gleichzeitig selbst.

Das Investitionsprogramm hängt an Einnahmen, die erst noch fließen müssen

Volumen und Finanzierungsbausteine, in Mio. € (unterschiedliche Zeiträume)



Schwerpunkte: Schulen rund 14 Mio. € · Hallenbad Leinfelden 13,6 Mio. € zuzüglich knapp 14 Mio. € Überträge · Feuerwehrhaus Leinfelden ab 2029, Gesamtkosten 26,5 Mio. € · **bis 2031 insgesamt 128,5 Mio. €**. Jede Investition erzeugt dauerhaft Folgekosten im Ergebnishaushalt: Abschreibungen, Zinsen, Betrieb und Personal.

KERNAUSSAGE

Die Grundstückserlöse tragen mehr als die Hälfte des Programms – und jedes Grundstück lässt sich nur einmal verkaufen.

Verzögert sich ein Verkauf, steigt unmittelbar der Kreditbedarf.

Das Investitionsprogramm 2027/2028 im Einzelnen

Gebäude und FW-Fahrzeuge · in Mio. €

Maßnahme	2027	2028
Zentraler Verwaltungsstandort	21,0	1,0
Neubau Hallenbad Leinfelden	11,1	2,5
Sanierung Philipp-Matthäus-Hahn-Gymnasium	3,4	1,0
Erweiterung und Sanierung Zeppelinschule	2,6	2,0
Erweiterung und Sanierung Lindachschule	2,1	2,5
Sanierung Im Wäldle 33/35/37	2,3	3,2
Sanierung Stuttgarter Str. 142	1,4	1,3
Anschlussunterbringung Dieselstr. 18	1,0	2,0
FW Echterdingen, Leinfelden und Fahrzeuge	0,7	3,0

Straßen, Grün und Erwerb · in Mio. €

Maßnahme	2027	2028
Straßen und Brücken	4,9	5,1
Grünflächen und Spielplätze	0,2	0,6
Grunderwerb und übrige Maßnahmen	2,8	1,8

Gesamt · in Mio. €

Bereich	2027	2028
Gebäude und FW-Fahrzeuge	45,6	18,5
Straßen, Grün und Erwerb	7,9	7,5
Investitionsförderung (U5, Städtebau)	1,7	1,7
Summe Investitionen	**55,2**	**27,7**

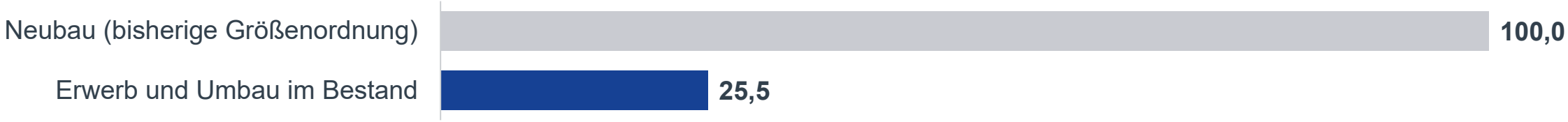
KERNAUSSAGE

Das Programm ist bereits zu einem großen Teil durch Gemeinderatsbeschlüsse gebunden: Schulen, Hallenbad, Wohnen und Feuerwehr

Der Verwaltungsstandort wird über Grundstückserlöse finanziert und ersetzt einen Neubau, der ein Mehrfaches gekostet hätte.

Der zentrale Verwaltungsstandort ist im Bestand deutlich günstiger zu erreichen

Aufwand für den zentralen Verwaltungsstandort, in Mio. €



Auftrag bleibt
Der Grundsatzbeschluss zur Zusammenführung an der Max-Lang-Straße gilt unverändert.

Vorbehalt
Der Erwerb steht unter dem Vorbehalt der Wirtschaftlichkeit; die Untersuchung legen wir vor.

Alternative kostet auch
Am Bestand festzuhalten, erfordert erhebliche Investitionen – ohne die Nachteile zu beseitigen.

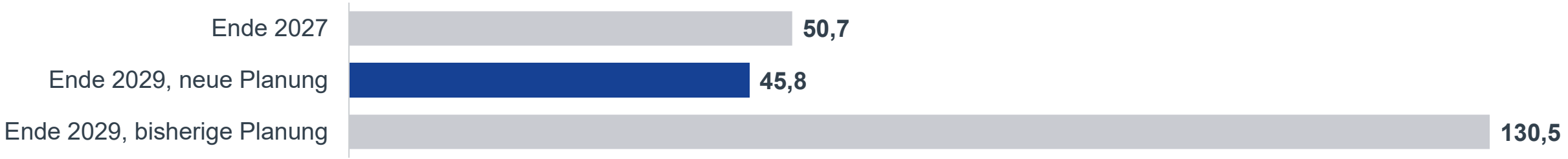
KERNAUSSAGE

Dasselbe Ziel zu einem Bruchteil der Kosten – wenn die Wirtschaftlichkeit belegt ist.

Gerade weil die Aussicht günstig ist, prüfen wir gründlich und legen das Ergebnis vor.

Der Schuldenstand bleibt nur unter 50 Millionen Euro, wenn drei Annahmen halten

Schulden des Kernhaushalts, in Mio. €



Annahme 1
Die Grundstückserlöse fließen wie geplant.

Annahme 2
Der Konsolidierungskurs wird fortgesetzt.

Annahme 3
Das Investitionsprogramm wird nicht erweitert.

KERNAUSSAGE

Ende 2029 stehen 46,0 statt 130,5 Mio. € Schulden im Plan: 84,5 Mio. € weniger, erarbeitet, aber nicht garantiert.

Fällt eine der drei Annahmen weg, steigt der Schuldenstand wieder über 50 Mio. €. Gelingen die Grundstücksverkäufe zu 100 %, verschaffen wir uns damit weiteren Investitionsspielraum.

Vier Positionen sind im Zahlenwerk noch nicht vollständig abgebildet

Filderhalle
Sanierung nach dem Brand, Kosten noch nicht abschließend bekannt

G9 und Schulentwicklung
ggf. zusätzlicher Raumbedarf, noch nicht alle Schulen saniert, Planung steht noch aus

Höhere Tarifabschlüsse
Mehrkosten je Prozentpunkt: knapp 0,5 Mio. € pro Jahr

Kreisumlage 2028 ff.
beruht auf einer Annahme, nicht auf einem Beschluss des Kreistags

KERNAUSSAGE

Diese vier Punkte zusammen können die Verbesserung eines ganzen Haushaltsjahres aufzehren.

Wir benennen sie heute, damit später niemand überrascht ist.

HINWEIS ZUM FINANZAUSGLEICH

Die Zahlen zum Finanzausgleich beruhen noch auf Annahmen: Die Orientierungsdaten 2027 für die Haushaltsplanung sind erst zum Monatsende angekündigt, die Oktober-Steuerschätzung findet vom 20. bis 22. Oktober 2026 statt. Nach Vorabinformationen des Städtetags sind die Erwartungen eher gedämpft. Ferner werden die Schlüsselzahlen für die Jahre 2027 bis 2029 erst noch bekanntgegeben.

Auf der Einnahmeseite ist bereits viel geschehen

UMGESETZT
Friedhofsgebühren
vollständig neu kalkuliert

UMGESETZT
Unterbringung
Gebühren für Anschluss- und Obdachlosenunterbringung angepasst

UMGESETZT
Grundsteuer B
195 v. H. seit 2026 – rund 0,6 Mio. € im Jahr

AB 07/2027
Übernachtungssteuer
neue Steuer, Wirkung ab dem zweiten Halbjahr 2027

IN ARBEIT
Verwaltungsgebühren
Neukalkulation folgt

IN PRÜFUNG
Grundsteuer C
gesonderter Hebesatz für baureife, unbebaute Grundstücke — Ergebnis legen wir vor

Die Rangfolge nach § 78 GemO ist damit abgearbeitet: Zuweisungen sind kaum beeinflussbar, Entgelte und Gebühren werden in allen Bereichen angepasst, Steuern sind die letzte Stufe. Die Grundsteuer C zielt zudem auf die Mobilisierung von Bauland, nicht in erster Linie auf Mehrertrag.

KERNAUSSAGE
Einnahmeseitig sind die Möglichkeiten bald ausgeschöpft – das Defizit lässt sich so nicht mehr schließen.
Weitere Erhöhungen bei Grundsteuer B und Gewerbesteuer werden für 2027/2028 nicht vorgeschlagen.

Die nächsten großen Blöcke liegen auf der Ausgabenseite

Fluktuation
Stellen werden frei

→

Prozesse ändern
Automatisierung, KI-Einsatz

→

Aufgaben prüfen
Standards und Verzicht

→

Dauerhaft weniger Aufwand

Fluktuation nutzen

Frei werdende Stellen lassen sich nur dann einsparen, wenn die Arbeit vorher anders organisiert ist.

Gemeinsam statt einzeln

Investitionen in den Bereichen KI und Automatisierung können kostspielig sein. Entwickelt jede Kommune eigene Lösungen, bleibt viel Geld auf der Strecke.

Aufgaben aufgeben

Wo eine Aufgabe mehr kostet, als sie bringt, trennen wir uns von ihr, sofern zulässig.

KERNAUSSAGE

Personalkosten sinken langfristig nur durch geänderte Prozesse und Aufgaben.

Automatisierung und KI brauchen jetzt eine Entscheidung, damit die Wirkung ab 2029 eintritt. Ansonsten müssen zur Senkung der Personalkosten Aufgaben entfallen oder können nicht mehr ordnungsgemäß erbracht werden, sofern es sich um Pflichtaufgaben handelt.

Bis 2029 muss der laufende Betrieb wieder mindestens die Tilgung tragen

heute
8,5 Mio. € Fehlbetrag

→

Konsolidierungs-programm

→

Entscheidungen
Aufgaben und Standards

→

2029 ff.
Tilgung gedeckt

- **Ab 2029 fehlen 2,8 bis 7,2 Mio. € jährlich für die Tilgung (Folie 11).** Notwendig ist eine dauerhafte Verbesserung von rund 7 Mio. € im Jahr, erreichbar nur in Stufen ab 2027.
- **Die Ertragsseite ist weitgehend ausgereizt:** Gebühren sind neu kalkuliert, die Grundsteuer B auf 195 v. H. erhöht (rund 0,6 Mio. € jährlich), die Übernachtungssteuer folgt ab Juli 2027 (Folie 23). Das Defizit lässt sich auf diesem Weg nicht mehr schließen.

BITTE AN DEN GEMEINDERAT

Wer zusätzliche Ausgaben vorschlägt, nennt die Deckung oder das Vorhaben, das dafür zurücksteht.

Die Verwaltung rechnet jeden Antrag vor der Abstimmung durch und weist die Folgekosten aus. Weitere Steuererhöhungen stehen nicht zur Debatte – der Weg führt über Aufgaben und Standards.

Handlungsfähig bleiben heißt jetzt entscheiden.
Gemeinsam, Schritt für Schritt bis 2029.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.